

Beschluss GRÜNE JUGEND Hamburg sagt "Nein" zu Olympia

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 17.02.2026
Tagesordnungspunkt: TOP 7 Inhaltliche Anträge

Antragstext

- 1 Die GRÜNE JUGEND Hamburg setzt sich für eine sozial gerechte, ökologisch
2 nachhaltige und demokratische Stadtentwicklung ein. Vor diesem Hintergrund
3 lehnen wir eine erneute Bewerbung Hamburgs für Olympische und Paralympische
4 Spiele ab. Unsere Entscheidung beruht auf der Überzeugung, dass die
5 strukturellen Voraussetzungen eines solchen Großereignisses in fundamentalem
6 Widerspruch zu den Zielen einer nachhaltigen, sozialen und demokratischen Stadt
7 stehen. Die Erfahrungen anderer Ausrichterstädte zeigen deutlich, dass Olympia
8 selten die versprochenen positiven Effekte bringt, während die Risiken, Kosten
9 und ökologischen Belastungen regelmäßig von der Bevölkerung getragen werden
10 müssen.
- 11 Ein zentrales Problem besteht in den Strukturen des Internationalen Olympischen
12 Komitees IOC. Dieses agiert vielfach intransparent, unzureichend demokratisch
13 legitimiert und stark profitorientiert. Verträge zwischen Städten und dem IOC
14 beinhalten regelmäßig weitreichende Garantien zugunsten des IOC, während
15 Kostenrisiken bei den Kommunen verbleiben. Diese Asymmetrie widerspricht unserer
16 Vorstellung von gemeinschaftlich verantworteter Stadtpolitik und birgt
17 erhebliche finanzielle und politische Gefahren. Hamburg darf sich keiner
18 Institution unterordnen, deren Rahmenbedingungen demokratische
19 Entscheidungsfreiheit einschränken und die Gemeinwohlinteressen gefährden.
- 20 Auch aus ökologischer Perspektive sprechen erhebliche Gründe gegen eine
21 Bewerbung. Olympia geht regelmäßig mit massivem Ressourcenverbrauch, großen
22 Bauvorhaben und erheblichen Eingriffen in bestehende städtische Räume einher.
23 Selbst bei ambitionierten Nachhaltigkeitskonzepten kann ein solches Mega-Event
24 nicht klimaneutral umgesetzt werden. Die notwendige Herstellung von
25 Infrastruktur, der internationale Reiseverkehr sowie temporäre Bauten erzeugen
26 enorme Emissionen und Abfallmengen. Angesichts der sich zuspitzenden Klimakrise
27 darf Hamburg keine Projekte unterstützen, die Umwelt- und Klimaschutz nur
28 rhetorisch berücksichtigen, aber faktisch hohe ökologische Kosten verursachen.
- 29 Besonders bedenklich sind die sozialen Auswirkungen. Zahlreiche Fallbeispiele
30 aus der Vergangenheit zeigen, dass Olympia zu Gentrifizierung, Verdrängung und
31 steigenden Mieten führen kann. Bauprojekte, die kurzfristig auf das Event
32 zugeschnitten sind, tragen häufig nicht zur langfristigen Verbesserung der
33 Wohnraumsituation bei. Stattdessen droht eine weitere Verschärfung der ohnehin
34 angespannten Lage auf dem Hamburger Wohnungsmarkt. Zudem profitieren in vielen
35 Fällen nicht die Menschen in prekären Lebenslagen, sondern große Unternehmen und
36 Immobilieninvestor*innen. Olympia darf kein Türöffner für spekulative
37 Stadtentwicklung und unsoziale Bauvorhaben werden.
- 38 Auch hinsichtlich der demokratischen Legitimation bestehen erhebliche Bedenken.
39 Mega-Events wie Olympia neigen dazu, Entscheidungsprozesse zu zentralisieren und
40 öffentliche Debatten zu verkürzen. Oft wird die Bevölkerung nur symbolisch
41 beteiligt, während die eigentlichen Entscheidungen in Hinterzimmern oder enger

42 Zusammenarbeit mit wirtschaftlichen Interessengruppen getroffen werden. Eine
43 wirklich demokratische Stadtentwicklung braucht Zeit, Transparenz, kritische
44 Auseinandersetzung und echte Mitbestimmung. Olympia setzt die Stadt dagegen
45 unter politischen und zeitlichen Druck, der offenen Diskussionen im Weg steht.

46 Darüber hinaus drohen kurzfristige finanzielle Belastungen, die langfristig
47 Haushaltsmittel für Bildung, soziale Infrastruktur, den öffentlichen Nahverkehr
48 und Klimaschutz binden. Die Erfahrung vieler Städte zeigt, dass die
49 tatsächlichen Kosten Olympischer Spiele regelmäßig deutlich über den
50 ursprünglichen Planungen liegen. Selbst erhöhte staatliche Zuschüsse und
51 Sponsorengelder können diese Risiken meist nicht ausreichend abfedern. Wir
52 wollen Haushaltsmittel lieber in Projekte investieren, die dauerhaft und
53 zuverlässig den Menschen in dieser Stadt zugutekommen.

54 Auch die Versprechen hinsichtlich Sportförderung, internationaler Begegnung und
55 Stadtentwicklung überzeugen uns nicht. Diese Ziele können mit deutlich weniger
56 Risiko, mit mehr Planungssicherheit und ohne Einfluss eines globalen
57 Sportverbundes erreicht werden. Hamburg braucht starke Sportstätten,
58 zivilgesellschaftliche Austauschprogramme und nachhaltige Infrastruktur, aber
59 dafür braucht Hamburg kein Olympia.

60 Auf Grundlage all dieser Überlegungen kommt die GRÜNE JUGEND Hamburg zu einem
61 klaren Schluss. Wir lehnen eine Bewerbung Hamburgs für Olympische und
62 Paralympische Spiele ab. Die ökologischen, sozialen und demokratischen Risiken
63 sind zu hoch, die Abhängigkeit vom IOC zu problematisch und die langfristigen
64 Belastungen für Stadt und Bevölkerung nicht verantwortbar. Wir setzen uns dafür
65 ein, dass Hamburg seinen Weg zu einer gerechten, lebenswerten und
66 klimaresilienten Stadt ohne Olympia geht und stattdessen in nachhaltige Projekte
67 investiert, die allen Menschen zugutekommen. Diese Position werden wir
68 hinsichtlich des Referendums öffentlich vertreten und uns in einem Bündnis gegen
69 Olympia in Hamburg engagieren.

Begründung

erfolgt mündlich

Beschluss Vom Notbetrieb zum Schutzraum: Wir fordern eine Reform des Winternotprogramms und flächendeckende Umsetzung von Housing First!

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 17.02.2026
Tagesordnungspunkt: TOP 7 Inhaltliche Anträge

Antragstext

Obdachlosigkeit in Hamburg ist längst kein Randthema mehr, sondern ein sichtbares Versagen sozialer Politik. Täglich begegnen uns Menschen, die keinen sicheren Schlafplatz haben, gesundheitlich gefährdet sind und Gewalt erleben. Trotz jahrelanger Diskussionen und Versprechen bleibt die Realität für viele Obdachlose härter, als sie in einer reichen Stadt wie Hamburg jemals sein dürfte. Und obwohl die Regierungsparteien ihre Pläne dafür schon vor langer Zeit festgeschrieben haben, hat sich im Alltag vieler Betroffener kaum etwas verbessert.

Hamburg hat die Ressourcen, die Expertise und die Strukturen, um Obdachlosigkeit deutlich zu reduzieren. Was fehlt, ist der konsequente Wille zur Umsetzung.

Das Winternotprogramm: notwendig, aber weit hinter dem Bedarf zurück

Jeden Winter wiederholt sich dieselbe Problematik: Das Winternotprogramm bietet zwar Schutz vor der Kälte, doch für viele Menschen ist es keine echte Alternative zum Leben auf der Straße. Die Gründe sind bekannt und seit Jahren unverändert. Überfüllte Hallen, fehlende Privatsphäre, teils aggressive Atmosphäre, strikte Regeln und unzureichende Betreuung führen dazu, dass viele Betroffene das Angebot meiden – trotz lebensbedrohlicher Temperaturen.

Hamburg muss das Winternotprogramm vom Notbetrieb zum Schutzraum weiterentwickeln. Notunterkünfte sollen rund um die Uhr geöffnet sein, nicht nur nachts. Kleine Unterbringungseinheiten statt Massenhallen müssen der Standard werden, und es braucht ausreichend geschultes Personal, das Konflikte verhindern kann. Wenn Menschen lieber bei Minusgraden draußen schlafen, ist das kein persönliches Versagen – es zeigt, dass das System nicht funktioniert.

FLINTA*-Personen: unsichtbar gemacht und unzureichend geschützt

Besonders prekär ist die Situation obdachloser FLINTA*-Personen. Viele meiden Notunterkünfte komplett, weil sie dort noch gefährdeter sind als auf der Straße. Die Risiken für sexualisierte Gewalt, Übergriffe oder Stalking sind extrem hoch. Gleichzeitig sind FLINTA*-Obdachlose oft weniger sichtbar, weil sie versuchen, sich zu verstecken oder in vermeintlich sicheren Ecken zu schlafen.

Hamburg braucht dringend Schutzräume, die diesem Bedarf gerecht werden: rund um die Uhr geöffnete Unterkünfte speziell für FLINTA*-Personen, betreut von geschulten Teams, mit strikten Sicherheitsstandards und Zugang zu psychosozialer Unterstützung. Dass es solche Räume bisher kaum gibt, ist Ausdruck einer strukturellen Blindheit, die sich die Stadt nicht länger leisten darf.

Lösungen statt Symbolpolitik

Es bringt wenig, jeden Winter hektisch Betten nachzulegen und im Sommer wieder zur Tagesordnung überzugehen. Obdachlosigkeit ist kein Wetterproblem, sondern

38 ein strukturelles. Und Hamburg reagiert darauf bislang eher kurzfristig als
39 strategisch.

40 Viel wirksamer wäre es, konsequent auf dauerhafte Wohn- und Betreuungsangebote
41 zu setzen. Housing First ist dafür ein erprobtes Modell: stabile Wohnungen ohne
42 Bedingungen, begleitet durch Sozialarbeit. Dass Hamburg dieses Prinzip bisher
43 nur in kleinen Projekten umsetzt, obwohl es europaweit Erfolge zeigt, ist
44 unverständlich. Es braucht einen massiven Ausbau, nicht in Pilotprojekten,
45 sondern als reguläres Instrument städtischer Sozialpolitik.

46 Hierfür waren wir bisher mit der Initiative 9qm im Austausch. Wir schließen uns
47 den Forderungen der Initiative an die unter anderem folgende Punkte beinhalten:

- 48 • Mindestens 9qm pro Person über sechs Jahren und 6qm für jedes Kind bis zu
49 sechs Jahren
- 50 • Einzelzimmer für Personen mit medizinischer Notwendigkeit
- 51 • Pro Zimmer nicht mehr als zwei Personen
- 52 • Allgemeine Aufenthaltsräume für Bewohner*innen, die jederzeit zugänglich
53 sind
- 54 • Kostenfreies WLAN in der gesamten Unterkunft
- 55 • Sozialpädagogische Einzelfallhilfe unabhängig vom Aufenthaltsstatus

56 Gleichzeitig muss Prävention stärker in den Fokus rücken: Beratungsstellen, die
57 nicht erst handeln, wenn Menschen kurz vor dem Rauswurf stehen. Eine
58 Mietenpolitik, die Verdrängung verhindert. Behörden, die schneller unterstützen,
59 statt abzuschrecken. Es gibt unzählige Situationen, in denen Menschen in Hamburg
60 unnötig in die Obdachlosigkeit rutschen, weil sie durch das soziale Netz fallen.

61 Was Hamburg jetzt tun muss

62 Hamburg kann Obdachlosigkeit beenden, wenn es mutig handelt und nicht nur
63 verwaltet. Konkret bedeutet das:

- 64 • ein ganzjährig stärker ausgebautes, menschenwürdiges Unterbringungssystem
- 65 • mehr kleine, sichere Unterkünfte statt großer Sammelplätze
- 66 • ein voll reformiertes, 24/7 geöffnetes Winternotprogramm
- 67 • spezialisierte Schutzräume für FLINTA*-Personen
- 68 • deutliche Ausweitung langfristiger Wohnangebote wie Housing First
- 69 • echte Prävention, damit Menschen gar nicht erst die Wohnung verlieren
- 70 • mehr Straßensozialarbeit, mobile medizinische Teams und niedrigschwellige
71 Hilfen

72 Hamburg ist eine Stadt, die sich gerne als sozial, gerecht und fortschrittlich
73 beschreibt. Damit dieser Anspruch nicht hohl bleibt, braucht es eine Politik,
74 die niemanden zurücklässt – auch nicht die Menschen, die im Stadtbild am
75 wenigsten Lobby haben. Obdachlosigkeit ist kein Naturphänomen. Es ist eine

- 76 politische Entscheidung, wie viele Menschen in ihr Leben müssen. Und genau
77 deshalb müssen wir jetzt handeln.

Begründung

erfolgt mündlich

Beschluss Mercosur - Aufbruch für die Grüne Partei?

Antragsteller*in: Lene Eckardt

Tagesordnungspunkt: TOP 7 Inhaltliche Anträge

Antragstext

- 1 Die Grüne Jugend Hamburg solidarisiert sich mit den unmittelbar und potentiell
- 2 durch das Abkommen betroffenen Menschen innerhalb der EU und der Mercosur-
- 3 Staaten und zeigt Verständnis für die daraus resultierende Besorgnis der grünen
- 4 Mitgliedern des Europäischen Parlaments, die für die Überprüfung des EU-
- 5 Mercosur-Abkommens am EUGH gestimmt haben oder sich öffentlich gegen das
- 6 Abkommen positionieren. Wir heißen ihre Entscheidung als Ausdruck einer Politik
- 7 gut, die sich an internationaler Solidarität, Klimagerechtigkeit und der
- 8 Ablehnung unfairer Wirtschaftsstrukturen orientiert.
- 9 Gleichzeitig bekräftigen wir, dass eine rechtliche Überprüfung des Abkommens
- 10 durch den Europäischen Gerichtshof kein politischer Affront, sondern ein
- 11 legitimes und notwendiges Instrument demokratischer Gesetzgebung ist.
- 12 Gerichtliche Kontrolle schützt Grundrechte, sichert die Einhaltung bestehender
- 13 Verträge und stärkt das Vertrauen in europäische Institutionen, unabhängig
- 14 davon, wer sich im Einzelfall ebenfalls für eine solche Prüfung ausspricht.
- 15 Wir fordern Bündnis 90/Die Grünen auf allen Ebenen dazu auf, politische
- 16 Positionen nicht nach ihren vermeintlichen Überschneidungen mit rechten
- 17 Akteur*innen zu beurteilen, sondern nach ihrem inhaltlichen Gehalt und ihrer
- 18 politischen Zielrichtung. Zudem fordern wir von Bündnis 90/Die Grünen verstärkte
- 19 Akzeptanz und Sichtbarkeit von innergesellschaftlicher & -parteilicher Kritik
- 20 aus dem demokratischen Spektrum an gegenwärtigen und Zukünftigen politischen
- 21 Entscheidungen, wie etwa dem Mercosur-Abkommen, damit sich die betroffenen oder
- 22 besorgten Menschen nicht rechtsextremer Narrative zuwenden oder sich von der
- 23 Kooperation mit rechtsextremen Kräften abhängig machen müssen.

Beschluss Solidarität ohne Grenzen – Für Frieden und Menschenrechte in Westasien

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 20.02.2026
Tagesordnungspunkt: TOP 7 Inhaltliche Anträge

Antragstext

1 Unsere Grundhaltung

Als GRÜNE JUGEND Hamburg stehen wir für eine internationale, queerfeministische und materialistische Politik, die Unterdrückung in all ihren Formen bekämpft. Unser Verständnis von Solidarität ist intersektional: Patriarchat, Kapitalismus, Kolonialismus und Rassismus stützen und verstärken sich gegenseitig. Unsere Solidarität ist niemals selektiv, sondern unteilbar auf der Seite der Leidtragenden.

Vorab: Der Begriff „Naher Osten“ ist eurozentristisch: Er beschreibt eine geografische Region aus der Perspektive Westeuropas und reproduziert damit eine koloniale Weltsicht, die andere Regionen als peripher und relativ zur eigenen Mitte definiert. Als GRÜNE JUGEND Hamburg lehnen wir diesen Begriff ab und sprechen stattdessen von „Westasien“ oder benennen konkret die betroffenen Orte und Gebiete: Gaza, Westjordanland, Israel, Palästina.

Wir sind uns bewusst, dass „Nahost“ in deutschen Medien, politischen Debatten und im allgemeinen Sprachgebrauch nach wie vor dominant ist. Wir nutzen ihn daher gelegentlich, wenn wir uns auf mediale oder politische Diskurse beziehen, in denen er verwendet wird. Dabei ist uns bewusst, dass er keine neutrale Bezeichnung ist. Dieser Beschluss verwendet durchgehend „Westasien“ oder konkrete geografische Bezeichnungen.

20 Der 7. Oktober und seine Folgen

Der Konflikt zwischen Palästina und Israel ist das Ergebnis einer jahrhundertelangen, traumatischen Geschichte, die muslimische, jüdische und christliche, palästinensische und israelische Menschen durch Gewalt, Vertreibung und tiefgreifendes Leid geprägt hat. Vielen Menschen in Deutschland erscheint der Konflikt erst seit dem 7. Oktober 2023 greifbar. Das blendet die Realität und Komplexität dieser Auseinandersetzung jedoch aus und erfasst das vielschichtige Leid auf allen Seiten nicht angemessen.

28 Fünf unverhandelbare Grundsätze

Alle unsere Analysen und Positionierungen der GRÜNEN JUGEND Hamburg zum israelisch-palästinensischen Konflikt fußen auf fünf unverhandelbaren, nicht-hierarchisierten Grundsätzen:

- Wir stehen konsequent an der Seite der Zivilbevölkerung in Israel und in Palästina.
- Wir bekennen uns uneingeschränkt zum Völkerrecht. Aus dem Völkerrecht ergeben sich für alle Völker Rechte, wie beispielsweise das

Selbstverteidigungsrecht, und Verpflichtungen, wie beispielsweise die Achtung der Regeln des humanitären Völkerrechts.

- Das völkerrechtlich gesicherte Selbstbestimmungsrecht des israelischen und palästinensischen Volkes sind unverhandelbar.
- Wir stellen uns jedem Antisemitismus sowie antimuslimischem und antipalästinensischem Rassismus entschieden entgegen – in der GRÜNEN JUGEND, in Deutschland, in Westasien und weltweit.

Der Terror der Hamas

Am 7. Oktober 2023 verübte die radikal-islamistische Terrororganisation Hamas einen großangelegten Terroranschlag auf Israel mit antisemitischer Vernichtungsabsicht: Tausende Raketen wurden abgefeuert, mehr als 1.200 Menschen ermordet, über 200 entführt und gegen israelische FLINTA*-Personen wurde massivste sexualisierte Gewalt eingesetzt. Ziel waren ausschließlich Zivilist*innen. Dieses Massaker stellt das schwerste Verbrechen an Jüdinnen*Juden seit der Shoah dar. Wir verurteilen diesen terroristischen Akt entschieden, ohne Einschränkung und ohne Relativierung.

Die Hamas ist eine radikal-islamistische Terrororganisation, deren Gewalt und Brutalität jeglichen Grundsätzen von Menschlichkeit und Völkerrecht widersprechen. Der sogenannte „Kampf“ der Hamas ist kein Kampf um Befreiung, sondern ein anhaltender Akt des Terrors gegen unschuldige Menschen. Er verdient keinerlei Legitimation als „Befreiungskampf“ und muss als das benannt werden, was er ist: systematische Gewalt gegen Zivilist*innen. Die Hamas trägt durch den bewussten Einsatz ziviler Infrastruktur – Krankenhäuser, Schulen, Wohnviertel – als militärische Deckung eine direkte Mitverantwortung am Tod palästinensischer Zivilist*innen und verstößt damit selbst gegen das humanitäre Völkerrecht.

Jüdinnen*Juden wurde über Jahrhunderte unermessliches Leid zugefügt – von Pogromen bis zur Shoah. Die Shoah, der industriell organisierte Genozid an sechs Millionen europäischen Jüdinnen*Juden, prägt bis heute das kollektive Gedächtnis in Deutschland und weltweit.

Als Täternation hat Deutschland aus dem Nationalsozialismus zwei zentrale Lektionen zu ziehen. Wir sind in besonderer Verantwortung gegenüber dem jüdischen Volk und dem Schutz jüdischen Lebens. Zugleich sind wir der Wahrung der universellen Menschenrechte verpflichtet, die als direkte Konsequenz aus den Verbrechen des Nationalsozialismus in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verankert wurden und durch das Völkerrecht geschützt werden sollen.

Wir bekennen uns zur Souveränität, zum Selbstbestimmungsrecht und dem Selbstverteidigungsrecht des israelischen Staates. Das Selbstverteidigungsrecht und Selbstbestimmungsrecht muss jedoch stets im Einklang mit dem Völkerrecht ausgeübt werden.

Im politischen Diskurs wird häufig vom „Existenzrecht“ Israels gesprochen, auch wenn dieser Begriff im Völkerrecht keine formale Grundlage hat. Er drückt aus, dass Israel als einziger jüdischer Staat das Recht hat zu existieren und dass diese Existenz nicht in Frage gestellt werden darf, geschweige denn verhandelbar

81 ist – das ist auch der Grund, weshalb es juristisch kein „Existenzrecht“ gibt,
82 da dieses Recht keinem Staat an- oder aberkannt werden kann, jemals.

83 Im politischen Diskurs wird häufig vom „Existenzrecht“ Israels gesprochen, auch
84 wenn dieser Begriff im Völkerrecht keine formale Grundlage hat. Er drückt aus,
85 dass Israel als einziger mehrheitlich jüdischer Staat das Recht hat zu
86 existieren und dass diese Existenz nicht in Frage gestellt werden darf,
87 geschweige denn verhandelbar ist – das ist auch der Grund, weshalb es juristisch
88 kein „Existenzrecht“ gibt, da dieses Recht keinem Staat an- oder aberkannt
89 werden kann, jemals.

90 Dass Israel seit seiner Gründung immer wieder mit dem Ziel seiner Vernichtung
91 angegriffen wurde und wird, macht deutlich, dass das sogenannte “Existenzrecht”
92 keine politische Floskel ist. Kein anderer Staat wird in vergleichbarer Weise
93 mit der systematischen Aberkennung seines Daseinsrechts konfrontiert. Dahinter
94 steckt letztlich die Frage des Selbstbestimmungsrechts: Dieses gilt
95 uneingeschränkt für alle Völker – für Israel wie für die Palästinenser*innen.
96 Beide Rechte stehen nicht im Widerspruch zueinander, und wir bekennen uns zu
97 beiden.

98 Gleichzeitig muss anerkannt werden, dass die Gründung des Staates Israel 1948
99 auch mit der Nakba einherging – der gewaltsamen Vertreibung und Entrechtung von
100 über 700.000 Palästinenser*innen.

101 Eine gerechte und dauerhafte Lösung muss das Recht der Palästinenser*innen auf
102 territoriale Selbstbestimmung einschließen - in einer Form, die gleichermaßen
103 die Souveränität und territoriale Integrität Israels wahrt. Beide Völker haben
104 das Recht, ihr Selbstbestimmungsrecht territorial zu verwirklichen. Die
105 Umsetzung einer solchen Lösung muss unter Begleitung und Vermittlung der
106 Vereinten Nationen erfolgen, die als Hüterin des Völkerrechts eine besondere
107 Verantwortung trägt, diesen Prozess zu unterstützen.

108 Die Palästinenser*innen, die vor allem 1948 im Zuge der Nakba und 1967 im Zuge
109 des Sechs-Tage-Kriegs ihre Heimat verlassen haben, leben heute in zweiter und
110 dritter Generation zu großen Teilen in den umliegenden Staaten, vor allem in
111 Jordanien, wo sie einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung ausmachen. Der
112 Wunsch nach Rückkehr in die Heimat ihrer Vorfahren ist so verständlich wie
113 legitim und muss als Teil einer gerechten Lösung anerkannt werden. Zugleich muss
114 gelten: Vergangenes Unrecht darf nicht durch neues Unrecht beantwortet werden.
115 Auch die Menschen, die heute in Israel in zweiter und dritter Generation leben,
116 tragen keine Schuld an der Nakba und dürfen nicht vertrieben werden. Wir setzen
117 uns dafür ein, dass niemand dauerhaft auf der Flucht, im Exil oder in der
118 Diaspora leben muss und dass alle Menschen in der Region in ihrer Heimat in
119 Frieden leben können. Wir fordern eine Lösung in Westasien, die diesem Wunsch
120 Rechnung trägt, ohne neue Ungerechtigkeiten zu schaffen.

121 Das Leid dieser Menschen und die historische wie aktuelle Kontinuität von Gewalt
122 und Diskriminierung sind ebenfalls Teil der Geschichte, die nicht gegeneinander
123 aufgerechnet oder relativiert werden dürfen. Eine gerechte und friedliche Lösung
124 erfordert die Anerkennung der Leiden beider Seiten, ohne den Zivilisationsbruch
125 der Shoah und das historische Trauma der Jüdinnen*Juden zu relativieren.

126 Das Vorgehen der israelischen Regierung

127 Wir verurteilen das Vorgehen der israelischen Regierung im Gazastreifen
128 entschieden. Das Selbstbestimmungsrecht aller Israelis und die scharfe Kritik an
129 ihrer Regierung stehen dabei nicht im Widerspruch zueinander. Wir unterscheiden
130 klar zwischen dem Staat Israel samt seiner Bevölkerung und den politischen
131 Entscheidungen der israelischen Regierung. Als Reaktion auf den Terroranschlag
132 begann die israelische Regierung eine großangelegte Militäroperation im
133 Gazastreifen. Diese entwickelte sich zu einem brutalen Krieg, der weit über
134 legitime Selbstverteidigung hinausgeht. Zehntausende Palästinenser*innen sind
135 ums Leben gekommen und Millionen Menschen sind schutzlos auf der Flucht. Die
136 Blockade humanitärer Hilfe und das fortgesetzte Bombardement – auch ziviler
137 Einrichtungen wie Krankenhäuser und Schulen – verletzen elementare Prinzipien
138 des humanitären Völkerrechts.

139 Auch in Gaza wurde von IDF-Soldaten, Hamas-Kämpfern und anderen bewaffneten
140 Akteuren sexualisierte Gewalt eingesetzt. Als GRÜNE JUGEND Hamburg verurteilen
141 wir jegliche Form der sexualisierten Gewalt. Unter dem Krieg leiden in erster
142 Linie nicht die Reichen und Mächtigen, sondern arme und vulnerable Menschen:
143 FLINTA*, Kinder und queere Personen sind in besonderer Weise betroffen.

144 Das anhaltende militärische Vorgehen im besetzten Gazastreifen und die
145 eskalierende Siedler*innengewalt im Westjordanland und Ostjerusalem sind schwere
146 Verstöße gegen das Völkerrecht. Diese Gewalt ist kein Randphänomen: Bewaffnete
147 Siedler werden systematisch von Armee und Polizei geschützt und begleitet und
148 genießen weitgehende Straffreiheit – sie ist Ausdruck staatlich organisierter
149 Vertreibungspolitik. Human Rights Watch (HRW) sieht deutliche Hinweise auf
150 Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Der IGH und die UN-
151 Generalversammlung haben wiederholt klargestellt, dass alle israelischen
152 Siedlungen im besetzten Gebiet – einschließlich Ostjerusalems –
153 völkerrechtswidrig sind, gegen die Vierte Genfer Konvention verstoßen und
154 vollständig geräumt werden müssen.

155 Einschätzung zum Völkermordvorwurf

156 Das anhaltende militärische Vorgehen im besetzten Gazastreifen, die Vertreibung
157 im Westjordanland und die militärische Gewalt gegen Zivilist*innen durch
158 extremistische Siedler sind schwere Verstöße gegen das Völkerrecht. Die
159 systematische Ungleichbehandlung der Palästinenser*innen im besetzten
160 Westjordanland und Ostjerusalem ist als strukturelle Diskriminierung klar zu
161 benennen und zu verurteilen.
162 Berichte von UN-Gremien, Amnesty International, Human Rights Watch, B'Tselem und
163 anderen Organisationen weisen auf genozidale Merkmale im Vorgehen gegen Gaza
164 hin: systematische Tötung, massive Vertreibungen, gezielte Vernichtung der
165 zivilen Infrastruktur, bewusste Erzeugung von Hunger und Krankheit sowie die
166 Verhinderung humanitärer Hilfe. Nach UN-Schätzungen wurden seit Oktober 2023
167 zehntausende Menschen getötet und hunderttausende verletzt, vor allem
168 palästinensische Zivilist*innen. In Gaza herrscht eine akute Hungersnot und das
169 Gesundheitssystem ist kollabiert. Der Internationale Gerichtshof (IGH) hat
170 wiederholt festgestellt, dass eine reale und unmittelbare Gefahr für die
171 Existenz der palästinensischen Bevölkerung in Gaza besteht und dass
172 "katastrophale" Lebensbedingungen herrschen, die durch die Handlungen der

173 israelischen Regierung fortlaufend verschlimmert wurden. Der IGH hat in seinen
174 einstweiligen Maßnahmen zudem festgestellt, dass die Gefahr eines Völkermords
175 plausibel ist - ein abschließendes rechtliches Urteil steht noch aus.

176
177 Das Massaker der Hamas bleibt verabscheuungswürdig und unentschuldbar. Das
178 Selbstverteidigungsrecht darf jedoch nicht als Vorwand dienen, um kollektive
179 Bestrafung, ethnische Vertreibung und systematische Vernichtung zu legitimieren.

180 Auch wenn wir als GRÜNE JUGEND Hamburg nicht die Instanz sind, die ein
181 abschließendes rechtliches Urteil zu fällen hat, schließen wir uns der
182 Einschätzung des IGH an und sehen zentrale Kriterien der UN-Völkermordkonvention
183 als erfüllt an. Wir fordern die vollständige Umsetzung der Entscheidungen des
184 IGH und nehmen die laufenden Verfahren mit größtem Ernst. Wir verurteilen die
185 Politik der rechtsextremen Regierung Israels, die durch Siedlungsausbau,
186 Entrechtung und das Ausmaß des militärischen Vorgehens die Eskalation aktiv
187 befördert und eine politische Lösung systematisch verhindert hat. Unsere Kritik
188 gilt der Regierung, nicht dem israelischen Volk, nicht der israelischen
189 Zivilgesellschaft, die selbst massiv gegen diese Politik protestiert.

190 Israelische Geiseln und palästinensische Gefangene – 191 Menschenwürde ist unverhandelbar

192 Die Hamas hat am 7. Oktober 2023 über 200 Menschen als Geiseln verschleppt –
193 Kinder, Alte, Familien. Wir verurteilen diese Entführungen auf das Schärfste:
194 Sie sind ein schweres Verbrechen gegen unschuldige Menschen und stellen eine
195 schwere Verletzung des humanitären Völkerrechts dar. Die Geiseln wurden als
196 Druckmittel missbraucht, unter traumatischen Bedingungen festgehalten und viele
197 von ihnen über Monate in völliger Isolation und in ständiger Bedrohung ihres
198 Lebens gehalten. Amnesty International, die UN und weitere
199 Menschenrechtsorganisationen dokumentieren körperliche und psychische
200 Misshandlung, Mangelernährung und weitere Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

201 Dass nun alle Geiseln freigekommen sind, ist eine Erleichterung – doch keine
202 Rückkehr zur Normalität. Die Freigelassenen tragen die Spuren monatelanger
203 Geiselhaft, psychischer Zermürbung, körperlicher Misshandlung und traumatischer
204 Erlebnisse, die sie ihr Leben lang begleiten werden. Unsere Solidarität gilt
205 ihnen und ihren Angehörigen, die viele Monate in Ungewissheit um das Leben ihrer
206 Liebsten gebangt haben. Unser tiefstes Mitgefühl gilt den Familien der Geiseln,
207 die nicht mehr lebend zurückgekehrt sind. Ihr Tod ist ein unermesslicher
208 Verlust, für den die Hamas die volle Verantwortung trägt.

209 Berichte über die Haftbedingungen palästinensischer Gefangener in israelischen
210 Gefängnissen sind erschütternd und werfen schwerwiegende menschenrechtliche
211 Fragen auf. Internationale Organisationen wie Amnesty International, Human
212 Rights Watch und Medico International dokumentieren überzeugend, dass
213 palästinensische Häftlinge systematischer Misshandlung, Folter und willkürlicher
214 Inhaftierung ausgesetzt sind. Auch sie sind Menschen, die unter traumatischen
215 Bedingungen festgehalten werden - manche ohne Anklage, viele ohne Kontakt zu
216 ihren Familien. Wieviele Gefangene Gewalt erleben und wo somit die Grenzen einer
217 legitimen Inhaftierung deutlich überschritten werden, ist unklar. Jedoch sollen
218 seit Oktober 2023 nach Schätzungen von Menschenrechtsgruppen über 70 Gefangene
219 in israelischem Gewahrsam ums Leben gekommen sein. Diese systematischen

220 Menschenrechtsverletzungen widersprechen grundlegenden Prinzipien von
221 Rechtsstaatlichkeit, Menschenwürde und humanitärem Völkerrecht und müssen von
222 der internationalen Gemeinschaft klar benannt, geächtet und beendet werden.

223 Das unbestreitbare Leid der israelischen Geiseln rechtfertigt in keiner Weise
224 die Misshandlung palästinensischer Gefangener in israelischen Gefängnissen – und
225 umgekehrt. Leid ist nicht aufrechenbar.

226 Ablehnung von Fremdherrschaft über Gaza

227 Nur Palästinenser*innen sollten über die Zukunft Gazas und Palästinas
228 entscheiden. Als GRÜNE JUGEND stehen wir für das Selbstbestimmungsrecht der
229 Palästinenser*innen ein. Den sogenannten „Trump-Plan“, der als „Friedensplan“
230 für Westasien präsentiert wurde, lehnen wir entschieden ab. In seinem Kern ist
231 er kein Plan für Frieden, sondern ein Versuch, die Realität der Besatzung und
232 des Kolonialismus zu festigen und international salonfähig zu machen.

233 Wir lehnen ebenso den im Januar 2026 in Davos gegründeten „Friedensrat“ (Board
234 of Peace) entschieden ab, da er unseren Prinzipien von Gerechtigkeit,
235 Souveränität und demokratischer Ordnung fundamental widerspricht. Ein solcher
236 Rat würde in Gaza eine de facto neokoloniale Verwaltung etablieren: Er
237 entmündigt die lokale Bevölkerung, indem ihre politische Selbstbestimmung durch
238 die willkürliche Herrschaft eines intransparenten Gremiums externer Akteure und
239 teils autoritärer Staatsoberhäupter ersetzt wird. Die Bedingung von
240 Milliardenzahlungen für eine dauerhafte Mitgliedschaft degradiert
241 Friedenspolitik zu einem käuflichen Gut. Zudem ist der Rat als Konkurrenzprojekt
242 zu den Vereinten Nationen konzipiert und untergräbt damit mühsam erkämpfte
243 völkerrechtliche Standards. Eine Institution, die globale Konfliktlösung
244 beansprucht, während sie die Rechte der Betroffenen ignoriert, kann keine Basis
245 für einen gerechten und dauerhaften Frieden bilden.

246 Entschieden gegen Antisemitismus

247 Als GRÜNE JUGEND Hamburg treten wir entschieden gegen Antisemitismus in jeder
248 Form ein. Antisemitismus ist und bleibt ein tödliches, historisch gewachsenes
249 Unterdrückungssystem, das niemals relativiert werden darf. Antisemitismus
250 manifestiert sich in vielen Formen: als Weltbild, in dem Jüdinnen*Juden – im
251 antisemitischen Narrativ – zu „Strippenziehern“ der Welt gemacht werden, als
252 verschwörungsideologischer Antisemitismus, als israelbezogener Antisemitismus
253 und als Shoaverharmlosung.

254 Ein klares Verständnis von Zionismus ist die Voraussetzung dafür, die Debatte um
255 Zionismuskritik sachlich und differenziert zu führen. Historisch beschreibt
256 Zionismus die nationale Bewegung des jüdischen Volkes, die das Ziel verfolgt,
257 die Selbstbestimmung und Souveränität in einem eigenen Staat im historischen
258 Heimatland Israel zu verwirklichen. Er ist damit eine Antwort auf die globale
259 Geschichte der Verfolgung und die völkerrechtliche Anerkennung des
260 Selbstbestimmungsrechts der Völker.

261 Die Verwirklichung dieses Ziels war jedoch für die palästinensische und
262 arabische Bevölkerung mit realer Vertreibung und tiefem Leid verbunden. Die
263 Nakba ist historische Tatsache und darf nicht ausgeblendet werden. Israel ist
264 heute zwar ein Staat mit formal gleichen Bürgerrechten für alle

265 Staatsangehörigen. Es existiert jedoch strukturelle Diskriminierung von
266 arabischen Israelis. Gleichzeitig stellt der zionistische Verfassungsauftrag
267 einen realen Widerspruch zum Gleichheitsanspruch dar. Dieser Widerspruch muss
268 klar benannt werden können.

269 Davon ausgehend ist festzuhalten, dass eine kritische Auseinandersetzung mit dem
270 Staat Israel, wie bei jeder anderen Nation, grundsätzlich legitim ist.
271 Zionismuskritik, die sich auf die konkrete Regierungsführung, Siedlungspolitik
272 oder das Eintreten für palästinensische Rechte konzentriert, ist Teil des
273 demokratischen Diskurses. Auch ideologische Einwände gegen das Konzept von
274 Nationalstaaten sind als politische Position zu respektieren, solange sie
275 universell angewandt werden.

276 Die Grenze zum antisemitischen Antizionismus ist jedoch dort erreicht, wo die
277 Kritik an Israel als Projektionsfläche für jüdenfeindliche Ressentiments dient.
278 Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn dem israelischen Volk durch die
279 Anwendung von Doppelstandards das Selbstbestimmungsrecht abgesprochen wird, das
280 anderen Nationen selbstverständlich zugestanden wird. Antizionismus wird zudem
281 dann zu Antisemitismus, wenn er mit Dämonisierungen arbeitet, die historische
282 Verbindung des jüdischen Volkes zur Region leugnet oder Jüdinnen*Juden weltweit
283 kollektiv für die Handlungen des Staates Israel verantwortlich macht.

284 Ebenso verurteilen wir Zionismus in einer radikalen und fundamentalistischen
285 Form, in der Vertreibung, Enteignung und Gewalt als legitimes Mittel der Politik
286 betrachtet wird, auf das Schärfste. Dieser muss jedoch von der Grundidee des
287 Zionismus als Antwort auf Verfolgung und dem Streben nach jüdischer
288 Selbstbestimmung unterschieden werden. Wir lehnen eine undifferenzierte Haltung
289 zum Zionismus ab. Aus unserer Sicht gilt es, zwischen der Grundidee des
290 Zionismus und der radikalen, fundamentalistischen Ausformung, wie wir sie bei
291 der aktuellen israelischen Regierung beobachten können, zu unterscheiden. Wer
292 jeden Zionismus mit der radikalsten Ausformung gleichsetzt, betreibt eine
293 Pauschalisierung, die wir klar als antisemitisch benennen, genauso wie einen
294 absoluten Antizionismus, der jüdische Selbstbestimmung als solche ablehnt. Unser
295 Ziel ist ein Diskurs, der legitime Kritik an Zionismus ermöglicht, ohne dabei
296 die Sicherheit und Würde jüdischen Lebens in Frage zu stellen.

297 Der Schutz jüdischen Lebens in Deutschland ist für uns nicht verhandelbar – in
298 unserer Gesellschaft, in unseren Institutionen und in unserem Verband. Wir
299 fordern, dass jüdische Menschen in Deutschland sicher leben, ihre Religion und
300 Kultur frei ausüben und ohne Angst am öffentlichen Leben teilhaben können.
301 Antisemitische Übergriffe, Bedrohungen und Diskriminierung müssen konsequent
302 verfolgt und geächtet werden.

303 Solidarität darf niemals Ausdruck oder Deckmantel für Hass, Gewalt,
304 Antisemitismus oder Rassismus sein. Wir verurteilen Versammlungen, Aussagen und
305 Texte, die radikal-fundamentalistischen Islamismus verherrlichen, zu Gewalt
306 aufrufen oder antisemitische Vorurteile bedienen.

307 Gegen die Kriminalisierung palästinasolidarischer Bewegungen

308 In Deutschland sehen wir eine alarmierende Kriminalisierung
309 palästinasolidarischer Bewegungen. Demonstrationen werden verboten, Menschen aus
310 migrantischen und muslimischen Communities werden unverhältnismäßig

311 kontrolliert, mit Polizei- und Gewaltmaßnahmen konfrontiert oder abgeschoben,
312 nur weil sie ihre Stimme gegen Krieg, Besatzung und Vertreibung erheben. Pro-
313 palästinensische Demonstrierende dürfen nicht pauschal Opfer polizeilicher
314 Repressionen werden. Meinungsfreiheit endet jedoch dort, wo Antisemitismus
315 beginnt.

316 Bildungsarbeit und Verbandsarbeit

317 Bildungsarbeit zum Westasienkonflikt muss ein Schwerpunkt unserer Verbandspraxis
318 sein – zu Antisemitismus, antimuslimischem Rassismus und struktureller
319 Diskriminierung. Ziel ist es, legitime Kritik an der israelischen Regierung zu
320 ermöglichen, ohne antisemitische Narrative zu bedienen, und über den Terror der
321 Hamas aufzuklären, ohne antimuslimische Stereotype zu reproduzieren.

322 Die GRÜNE JUGEND Hamburg muss ein safer space sein, in dem sich jüdische,
323 muslimische und migrantisierte Menschen sicher fühlen. Dafür braucht es
324 antisemitismus- und rassismussensible Weiterbildung von Awarenesspersonen und
325 Vorständen – unter Einbeziehung der Betroffenen, deren Perspektiven gehört und
326 ernst genommen werden müssen.

327 Unsere Forderungen

328 Als GRÜNE JUGEND Hamburg setzen wir uns für eine Welt ohne Krieg, Leid und
329 Vertreibung ein. Aus unserer Vision von einem gerechten Frieden leiten sich
330 folgende Forderungen ab:

- 331 • Das Sterben muss aufhören. Der Waffenstillstand muss von allen Seiten
332 eingehalten werden.
- 333 • Der ungehinderte, bedarfsgerechte und transparente Zugang zu humanitärer
334 Hilfe für die Zivilbevölkerung in Gaza muss gewährleistet werden.
- 335 • Das Ende der Siedler*innengewalt und der israelischen Besatzung des
336 Westjordanlands, Ostjerusalems und des Gazastreifens.
- 337 • Förderung israelisch-palästinensischer Friedensinitiativen aus der
338 Zivilgesellschaft. Wir solidarisieren uns mit den zivilgesellschaftlichen
339 Protesten gegen die rechtsextreme Regierung in Israel sowie gegen die
340 islamistische Hamas.
- 341 • Anerkennung und Einhaltung der Entscheidungen des IGH und des IStGH,
342 einschließlich der Haftbefehle gegen Netanjahu und Galant.

343 Abschluss

344 Wir stehen auf der Seite aller Leidtragenden in Westasien. Wir setzen uns für
345 eine Politik ein, die marginalisierte Stimmen stärkt und globale Gerechtigkeit
346 sucht, ohne Hierarchien des Leids. Dieser Beschluss steht am Anfang eines
347 Aufarbeitungsprozesses innerhalb des Verbandes und in die Partei hinein.

Begründung

erfolgt mündlich

Beschluss Intersektionale FLINTA*-Förderung als Pfeiler unserer politischen Arbeit

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 17.02.2026
Tagesordnungspunkt: TOP 7 Inhaltliche Anträge

Antragstext

1 Präambel

2 Die Grüne Jugend Hamburg bekennt sich zu einer solidarischen,
3 queerfeministischen und antirassistischen Politik. Angesichts weltweiter
4 patriarchaler, sexistischer und autoritärer Entwicklungen – derzeit vor allem im
5 Iran, in Rojava, Palästina, Israel, Afghanistan, dem Sudan, im Jemen, der
6 Ukraine und Südafrika – sehen wir eine dringliche Notwendigkeit,
7 emanzipatorische Kämpfe zu stärken. FLINTA* (Frauen, Lesben,
8 intergeschlechtliche, nicht-binäre, trans* und agender Personen) sind weltweit
9 und in Deutschland struktureller Diskriminierung ausgesetzt. Diese betrifft
10 multiple Ebenen des Lebens – von körperlicher Selbstbestimmung über ökonomische
11 Teilhabe bis hin zu sicherer politischer Partizipation. Intersektionale
12 Perspektiven sind dabei kein „nice to have“, sondern Grundlage progressiver
13 Politik.

14 Die aktuellen politischen Entwicklungen zeigen eindrücklich, dass patriarchale
15 Machtstrukturen global bestehen und gegen sie Widerstand organisiert wird. Diese
16 Kämpfe stehen in direktem Zusammenhang mit geschlechtlicher, sexueller und
17 sozialer Gerechtigkeit.

18 Gerade weil die Kämpfe weltweit im Kern, wenn auch in unterschiedlicher
19 Ausprägung, dieselben sind, ist es unabdingbar, sich zu verbünden und
20 solidarisch an der Seite aller zu stehen, die diese Unterdrückung erfahren.

21 Bündnisarbeit ist deshalb ein wichtiger Bestandteil unserer Arbeit. Trotz
22 unseres Austritts aus dem 8M Bündnis am 15. Februar 2026 sind uns feministische
23 Kämpfe weiterhin sehr wichtig. Weil wir als GRÜNE JUGEND Hamburg für einen
24 solidarischen, gerechten und intersektionalen Feminismus eintreten, war der
25 Austritt ein notwendiger Schritt, da im Rahmen der Vorbereitungen der
26 Demonstration zum 8. März zu Tage trat, dass einige Bündnispartner*innen
27 diametral von unseren Werten abweichen.

28 Wir werden jedoch weiterhin auf Bündnisarbeit setzen und streben neue
29 Verbindungen an, um FLINTA*-Förderung voran und auf die Straße zu bringen!

30 Diskriminierungsmuster sind intersektional

31
32 Ungleichheiten aufgrund von Geschlechtsidentität, Klasse, Herkunft, Behinderung,
33 sexueller Orientierung oder körperlicher Verfasstheit stehen in Wechselwirkung.
34 „Frauenförderung“ im klassischen Sinne ist wichtig – reicht aber nicht aus –,
35 weil sie oft cis-zentrisch bleibt und nicht alle Betroffenen adressiert, die von
36 patriarchaler Gewalt betroffen sind.

37 Wir als Grüne Jugend Hamburg wollen daher FLINTA*-Förderung bewusst in den Fokus
38 rücken, um emanzipatorische Räume, politische Beteiligung und Empowerment zu
39 stärken – mit besonderer Aufmerksamkeit auf intersektionale Benachteiligungen.

40 Beschluss

41 Die Grüne Jugend Hamburg beschließt:

42 1. Fokus auf FLINTA*-Only und TINA*-Only Veranstaltungen

43 Wir veranstalten im Rahmen unserer Möglichkeiten regelmäßige FLINTA*-Only
44 Formate (Workshops, Bildungsveranstaltungen, Vernetzungsformate) in der ganzen
45 Landesorganisation, die sichere Räume für Austausch (Skill-Sharing), Empowerment
46 und politische Bildung schaffen. Zusätzlich soll es auch Formate für TINA*-
47 Personen geben. Dies ist wichtig, da diese Personengruppen in der Gesellschaft
48 und damit auch im Verband, besonders häufig unsichtbar gemacht werden und auch
49 in FLINTA*-Räumen häufig unterrepräsentiert sind.

50 Im Rahmen dieser Veranstaltungen soll möglichst vor jeder
51 Landesmitgliederversammlung auch die Möglichkeit gewährt werden, in die bei der
52 anstehenden Landesmitgliederversammlung zu wählenden Ämter Einblicke zu
53 bekommen. Dies soll die Hürde, sich auf ein Amt zu bewerben, verringern und
54 verhindern, dass FLINTA* in Ämter gedrängt werden.

55 Die genannten Räume sollen barrierearm, queersensibel und antirassistisch
56 geplant werden.

57 2. Intersektionale FLINTA*-Förderung der Mutterpartei stärken

58 Wir fordern die Grünen Hamburg auf, verbindliche, intersektionale FLINTA*-
59 Förderprogramme in ihren Strukturen zu etablieren, die explizit trans*, nicht-
60 binäre, intergeschlechtliche, agender und weitere marginalisierte Gruppen
61 mitdenken – über traditionelle Frauenförderung hinaus.

62 Ferner fordern wir die Grünen Hamburg auf, ihre Satzung dahingehend zu ändern,
63 als dass das Frauenstatut die gleichberechtigte Teilhabe und Förderung aller
64 FLINTA*s umfasst. Aktuell müssen zum Beispiel nicht-binäre Personen auf offene
65 Plätze kandidieren, obwohl sie ebenfalls von patriarcher Gewalt betroffen sind.
66 Hier müssen die Grünen Hamburg endlich nachsteuern!

67 3. Der 8. März als gesetzlicher Feiertag

68 In Solidarität mit feministischen Bewegungen und zur institutionellen
69 Anerkennung feministischer Arbeit fordern wir:

70 Der 8. März muss gesetzlicher Feiertag in Hamburg werden.

71 Dieser Tag soll nicht nur symbolisch sein, sondern politisches Bewusstsein
72 stärken und gesellschaftliche Debatten zu Gleichstellung und Gewaltstrukturen
73 fördern.

Begründung

Warum braucht es intersektional gedachte FLINTA*-Förderung?

Geschlechterverhältnisse sind vielfältig. Klassische „Frauenförderung“ bleibt oft an binären, cis-zentrierten Vorstellungen hängen und lässt marginalisierte Lebensrealitäten unberücksichtigt. Intersektionale Ansätze gehen über reine Kategorien hinaus und erfassen, wie multiple Diskriminierungen sich verstärken – etwa für schwarze trans* FLINTA*, migrantische nicht-binäre

Personen oder FLINTA* mit Behinderung. Eine feministische Politik muss diese Realitäten sichtbar machen und aktiv adressieren.

Warum mehr Sichtbarkeit und Fokus?

Politische Räume – auch in unserer Jugendorganisation – sind nicht automatisch offen für alle. FLINTA* erfahren sowohl strukturelle Ausschlüsse als auch Unsichtbarkeiten, die ihre politische Teilhabe erschweren. Mehr Fokus heißt nicht weniger Solidarität – es heißt vielmehr, Räume so zu gestalten, dass alle, die von patriarchalen Strukturen betroffen sind, sich entfalten können. Diese Sichtbarkeit darf sich jedoch nicht nur auf das Geschlecht beziehen, sondern muss zwingend intersektional sein, also auch andere Diskriminierungsformen aufzeigen und berücksichtigen.

Warum der 8. März als Feiertag?

Der Internationale Feministische Kampftag ist seit über einem Jahrhundert ein Symbol feministischer Solidarität und politischer Mobilisierung. Ein gesetzlicher Feiertag ist ein starkes gesellschaftliches Signal: Wir nehmen feministische Errungenschaften ernst, würdigen Care-Arbeit und thematisieren fortbestehende Ungleichheiten öffentlich.

Um diese Forderungen zu erreichen und am 8. März laut auf die Straße zu bringen, bedarf es sicherer und solidarischer Wirkungsräume und starker Bündnisarbeit. Daher wollen wir ein neues Bündnis schaffen, in dem wir diese wichtige Arbeit voranbringen können!

- mind. einmal pro Verbandsjahr AT zu Ämtern, damit man eine Vorstellung davon gewinnen kann
- Vernetzung und Unterstützung der FLINTA* in den KVen? (steht so bereits im Handbuch)
- FLINTA* How to Anträge schreiben, Rhetorik o.ä. zur Förderung der Beteiligung einführen?
- Sollte es separate Angebote für TINA*-Personen auf Hamburg-Ebene geben?
- Skill-Training und Sharing?
- queerfeministische Linie unterstreichen und ausformulieren
- Was passiert gerade? Weltgeschehen, Iran etc.
- Warum FLINTA*- und nicht Frauenförderung, warum intersektionaler Ansatz
- Aufruf FLINTA* Förderung mehr in den Fokus rücken
- Mehr FLINTA*-Only Veranstaltungen
- Was ist bestehende Beschlusslage auf Bundes- und Landesebene (kann Magnus machen)
- 8. März als gesetzlicher Feiertag
- Grüne auffordern, intersektional queerfeministisch zu denken

Beschluss Demokratiesterben und außenpolitische Aggression: Für eine Neubewertung der transatlantischen Beziehungen

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 20.02.2026
Tagesordnungspunkt: TOP 7 Inhaltliche Anträge

Antragstext

Die USA am Abgrund in den Faschismus

Wer heute die innenpolitischen Entwicklungen der Vereinigten Staaten betrachtet, sieht ein Land, das gefährlich nah an autoritäre Muster rückt. Die demokratischen Institutionen bestehen zwar formal weiter, aber ihre Funktionsfähigkeit wird systematisch ausgehöhlt. Nicht durch einen einzelnen Schockmoment, sondern durch eine Vielzahl politischer Entscheidungen, staatlicher Maßnahmen und gesellschaftlicher Verschiebungen, die sich über Jahre aufgebaut haben. Die USA entfernen sich nicht mit einem großen Sprung von der Demokratie, sondern mit einer Serie kleiner Schritte, die zusammen genommen eine autoritäre politische Realität formen.

Besonders sichtbar wird diese Entwicklung an der wachsenden Rolle staatlicher Gewalt im Alltag. Die jüngsten ICE-Einsätze zeigen deutlich, wie weit der Staat bereits bereit ist zu gehen.

Die Normalisierung solcher Einsätze zeigt, wie schnell sich demokratische Staaten in Richtung autoritärer Praktiken bewegen können. Nicht durch offene Diktatur, sondern durch den strukturellen Abbau von Rechten und Würde.

Parallel dazu verschärft sich die politische Polarisierung weiter. Die USA bestehen inzwischen aus zwei gesellschaftlichen Sphären, die kaum noch gemeinsame Realitäten teilen. Medienlandschaften, Faktenverständnis, politische Kultur. All das driftet auseinander. In Teilen des Landes entsteht eine politische Kultur, die Kompromisse als Schwäche interpretiert, die Presse als Feind betrachtet und wissenschaftliche Expertise als ideologische Position abwertet. Es ist diese Atmosphäre, in der autoritäre Politik nicht nur möglich wird, sondern aktiv gedeiht. Viele republikanisch regierte Bundesstaaten nutzen sie, um Wahlrechte einzuschränken, trans und queere Menschen zu kriminalisieren, Abtreibung nahezu vollständig zu verbieten und Demonstrationen staatlich zu überwachen oder zu unterdrücken.

Das Bild eines Landes, das sich selbst zersetzt, wird dabei durch strukturelle Ungerechtigkeiten verstärkt. Der Supreme Court ist ideologisch festgefahren und trifft Entscheidungen, die tief in individuelle Freiheitsrechte eingreifen. Der Kongress ist in entscheidenden Fragen blockiert. Gouverneure regieren in manchen Staaten mit harter Hand – teils unterstützt von Milizen oder extremen politischen Gruppen, die zunehmend selbstbewusst auftreten. Die politische Rechte schafft eine Realität, in der die Idee eines „starken Staates“, der mit Härte durchgreift, nicht nur normal, sondern erstrebenswert erscheint.

In diesem Kontext werden ICE-Einsätze nicht mehr als Ausreißer wahrgenommen, sondern als Bestandteil eines größeren politischen Projekts: ein Staat, der über Überwachung, Einschüchterung und staatliche Gewalt versucht, Kontrolle über

bestimmte Bevölkerungsgruppen zu gewinnen. Für viele Beobachter sind die Parallelen zu historischen autoritären Entwicklungen unübersehbar – nicht, weil die USA bereits faschistisch wären, sondern weil sie sich gefährlich nah an Strukturen bewegen, die faschistische Systeme auszeichnen: die Konstruktion innerer Feindbilder, die Entmenschlichung von Minderheiten, die Schwächung demokratischer Gegengewichte und der Aufbau eines staatlichen Gewaltapparats, der kaum noch Grenzen kennt.

Die USA stehen damit nicht am Beginn, sondern mitten in einem demokratischen Erosionsprozess. Ob dieser Prozess umkehrbar ist, hängt davon ab, ob die demokratischen Kräfte im Land stark genug sind, um ihm standzuhalten. Und ob eine Gesellschaft, die kaum noch gemeinsame Fakten teilt, überhaupt noch in der Lage ist, einen kollektiven Widerstand gegen autoritäre Tendenzen zu organisieren. Der Abgrund ist nicht mehr hypothetisch. Er ist da. Die Frage ist nur, ob das Land den Sturz noch verhindern kann.

Imperialismus im Endstadium der fossilen Ära

Das Jahr 2026 markiert den endgültigen Fall der Maske einer wertebasierten Außenpolitik, wodurch die wahre Natur der globalen Ordnung sichtbar wird. Die heutige Weltlage ist kein Zufall, sondern das direkte Resultat eines intensiven Wettbewerbs zwischen den Großmächten um kritische Rohstoffe und geopolitische Vormachtstellung. Wir sehen diese neue Ära des Imperialismus als die unvermeidliche Konsequenz eines kapitalistischen Systems, das Profitstreben und Wachstum über planetare Grenzen und nationale Souveränität stellt.

Ob durch offene militärische Gewalt in Südamerika oder durch ökonomische und strategische Erpressung in den schmelzenden Regionen der Arktis: Das Ziel bleibt die Sicherung der Vormachtstellung in einer Ära schwindender Ressourcen. Es handelt sich um zwei scheinbar unterschiedliche Schauplätze, die jedoch derselben imperialen Mechanik folgen: dem Zugriff auf Ressourcen und Macht.

Das völkerrechtswidrige Exempel des US-amerikanischen Öl-Imperialismus

Der militärische Übergriff der Vereinigten Staaten von Amerika auf Venezuela im Januar 2026 stellt einen weiteren, eklatanten Bruch des Völkerrechts und der fundamentalen Prinzipien souveräner Staatenbeziehungen dar. Diese einseitige Aggression, die ohne jegliches Mandat internationaler Organisationen erfolgte, untergräbt die Stabilität der gesamten Region und setzt einen gefährlichen Präzedenzfall für zukünftige Interventionen.

Die Entführung Maduros wurde unter dem Deckmantel der "Demokratisierung" und der "Drogenbekämpfung" durchgeführt. Diese vorgeschobenen Narrative dienen jedoch lediglich als Verschleierung für das wahre Ziel der Intervention: Sicherung des direkten, ungehinderten Zugriffs auf die Erdölreserven Venezuelas und Gewährleistung der Einflussosphäre auf dem südamerikanischen Kontinent.

Die militärische Intervention sollte daher primär als eine geostrategisch motivierte Demonstration von Macht interpretiert werden.

Die Konsequenzen dieser Aggression sind weitreichend:

83 Die seit den 2000er Jahren gewachsene Verflechtung zwischen Venezuela und Kuba
84 hat die kubanische Energieversorgung in hohem Maße von venezolanischen Exporten
85 abhängig gemacht. Seit der US-Intervention in Venezuela im Januar 2026 sind
86 diese Lieferungen jedoch vollständig ausgeblieben: Kein einziger Tanker ist
87 seitdem aus venezolanischen Häfen nach Kuba ausgelaufen, was zu einer akuten
88 Treibstoffknappheit geführt hat. Aktuelle Berichte aus der Medienlandschaft
89 bestätigen die Eskalation: langanhaltende Stromausfälle, geschlossene
90 Tankstellen, eingeschränkte Flughäfen, Krankenhäuser und Müllabfuhr. Diese US-
91 gesteuerte Unterbrechung verursacht eine sich anbahnende humanitäre Krise für
92 die Zivilbevölkerung in Kuba: zunehmende Energiearmut, instabile
93 Gesundheitsversorgung, Einschränkungen bei Ernährungssicherheit, verlängerte
94 Blackouts.

95 Die militärische Intervention droht außerdem, einen regionalen Konflikt
96 auszulösen, da andere lateinamerikanische Staaten die Verletzung der
97 venezolanischen Souveränität als direkte Bedrohung ihrer eigenen nationalen
98 Sicherheit empfinden. Des Weiteren stellt die Aktion eine fundamentale
99 Missachtung der Charta der Vereinten Nationen dar. Dies schwächt die gesamte
100 internationale Rechtsordnung.

101 Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass der Übergriff auf Venezuela ein
102 Paradebeispiel für imperiale Machtpolitik ist, bei dem geopolitische und
103 wirtschaftliche Interessen über die Grundpfeiler des Völkerrechts gestellt
104 wurden.

105 Wir verurteilen auf das Schärfste sowohl die autoritäre Herrschaft von Nicolás
106 Maduro in Venezuela, die durch die Unterdrückung der Opposition und massive
107 Menschenrechtsverletzungen gekennzeichnet ist, als auch die völkerrechtswidrige
108 Militärintervention durch die USA.

109 Die Ablehnung der Souveränität eines Staates, nur weil dieser den geopolitischen
110 oder wirtschaftlichen Interessen der USA im Wege steht, ist ein inakzeptabler
111 Bruch internationaler Normen.

112 Ein von außen erzwungener „Regime Change“ stellt niemals eine demokratische
113 Lösung dar. Solche Interventionen sind historisch gesehen fast immer von
114 destabilisierenden Folgen begleitet und dienen primär dazu, die strategischen
115 und wirtschaftlichen Interessen des intervenierenden Staates zu sichern. Eine
116 tatsächliche demokratische und nachhaltige Lösung für die Krise in Venezuela
117 muss von den Menschen in Venezuela selbst entwickelt und getragen werden.

118 Grönland: Souveränität im Fadenkreuz der Arktis- 119 Geopolitik

120 Die Arktis steht an einem kritischen Scheideweg. Angesichts des dramatischen
121 Rückgangs des Eises und der damit einhergehenden Öffnung neuer Schifffahrtswege
122 und des Zugangs zu Ressourcen droht diese sensible Region zum neuen globalen
123 Schauplatz für geostrategische Machtansprüche und Konflikte zu werden. Es ist
124 unerlässlich, dass die internationale Gemeinschaft diesen Trend umkehrt. Die
125 Vorstellung, die Arktis könnte einem Ressourcenkrieg zum Opfer fallen, ist nicht
126 nur ökologisch verheerend, sondern auch politisch brandgefährlich.

127 Die Klimakatastrophe als Katalysator

128 Der Klimawandel, der in der Arktisregion mit beispielloser Geschwindigkeit
129 voranschreitet, spielt den Großmächten zynischerweise in die Hände. Das
130 schmelzende Arktiseis ebnet nicht nur den Weg für die Eröffnung neuer,
131 strategisch wichtiger Handelsrouten. Es legt vor Allem den Zugriff auf bisher
132 unerschlossene Rohstoffvorkommen frei, darunter insbesondere Seltene Erden.

133 Dieser Konflikt um die Arktis ist ein Beispiel dafür, wie der globale
134 Kapitalismus und geopolitische Machtinteressen selbst die größten
135 Umweltkatastrophen in eine neue Bühne für Expansion und Ressourcenraub
136 verwandeln.

137 Der rücksichtslose Wettlauf der Großmächte

138 Um die Kontrolle dieser strategisch wichtigen Ressourcen führen die Großmächte
139 bereits jetzt einen rücksichtslosen Wettlauf:

140 China verfolgt mit seiner "Polar Silk Road" eine langfristige Initiative, um
141 seinen globalen Einfluss und weitreichende Zugangsrechte zu sichern. Russland
142 baut seine militärische Präsenz massiv aus und modernisiert alte Stützpunkte, um
143 Handelswege zu kontrollieren. Die Arktis ist zudem entscheidend für die
144 russische Nuklearstrategie und die USA versuchen, ihre dominante Rolle durch
145 eine Kombination aus geopolitischem Druck und der Nutzung wirtschaftlicher
146 Abhängigkeiten zu festigen, um den Einfluss von China und Russland einzudämmen.

147 Grönland als neues „Beutestück“

148 Die Versuche der USA, die Kontrolle über Grönland zu erlangen, sind
149 vielschichtig: Sie reichen von gezielter ökonomischer Erpressung bis hin zur
150 Drohung einer militärischen Übernahme. Solche Manöver stellen eine massive
151 Missachtung des fundamentalen Selbstbestimmungsrechts der grönländischen
152 Bevölkerung dar. Das Schicksal Grönlands wird damit zu einem weiteren Testfall
153 für die Respektierung der Rechte vermeintlich kleinerer Nationen gegenüber
154 übermächtigen globalen Machtansprüchen.

155 Die Unantastbarkeit der Souveränität Grönlands

156 Die Souveränität Grönlands, als Teil des Königreichs Dänemark mit weitreichenden
157 Autonomierechten, muss unantastbar bleiben. Grönland darf nicht zu einem
158 strategischen Spielball werden, der Sicherheits- und Rohstoffinteressen
159 untergeordnet wird.

160 Jede Integration Grönlands in militärische oder wirtschaftliche Strategien
161 fremder Mächte ohne die volle, freie und informierte Zustimmung der Bevölkerung
162 ist abzulehnen.

163 Die Erschließung arktischer Ressourcen muss unter strengsten Umweltauflagen und
164 unter der Prämisse der Nachhaltigkeit erfolgen.

165 Die Arktis darf nicht als unregulierter Rohstofflieferant oder als militärische
166 Aufmarschzone missbraucht werden. Ihre Stabilität ist für das gesamte Weltklima
167 von entscheidender Bedeutung.

168 Eine dringend nötige Stärkung des internationalen
169 Völkerrechts

170 Die Gründung der Organisation der Vereinten Nationen (UN) war ein wichtiger
171 Schritt Richtung Frieden – trotz aller Mängel, die sich über die Jahre erwiesen
172 haben. Wir positionieren uns deswegen entschieden gegen neue, konkurrierende und
173 von Autokraten gestützten Gremien wie Trumps Friedensrat. Stattdessen muss die
174 internationale Gemeinschaft gezielte Reformen anbringen, um den Potenzial der UN
175 als Friedensbringer zu verwirklichen.

176
177 Es braucht dringende, umfassende Reformen, so dass wirtschaftliche Überlegenheit
178 kein Grund mehr für Krieg ist. Militärbündnisse, Finanzierung von
179 Geheimdienstoperationen und erhöhte Rüstungsausgaben stellen keine langfristige
180 Perspektive auf Frieden dar. So leiden bspw. FLINTA*s in Afghanistan weiterhin
181 unter bewaffneten Gruppen, die in den 80er Jahren von amerikanischen
182 Geheimdiensten finanziert wurden.

183
184 Die UN kann aktuell nur beschränkt völkerrechtswidrige Verbrechen vorbeugen und
185 inadäquat auf Angriffe reagieren, denn die Interessen einiger weniger Staaten
186 sind durch das Vetorecht geschützt. Immer wieder führt dies zu einer Blockade
187 des Sicherheitsrates.

188
189 Unter dieser Rechtsunwirksamkeit leiden am Ende nur Zivilist*innen. Die Gremien
190 der UN müssen deshalb so gestärkt werden, dass wir die aktuellen und
191 bevorstehende Krisen gemeinsam bewältigen können, und eine egalitäre
192 Zusammenarbeit ermöglicht wird, um die Gleichberechtigung der Staaten zu
193 gewährleisten.

194 Die Landesmitgliederversammlung beschließt, dass der Landesvorstand einen Antrag
195 beim kommenden Länderrat stellt, der unsere außenpolitische Position im
196 Verhältnis zu den USA klar macht.

Begründung

erfolgt mündlich

Beschluss Gender affirming care saves lives!

Antragsteller*in: Lian Jori Belgardt, Carro Göbel

Tagesordnungspunkt: TOP 7 Inhaltliche Anträge

Antragstext

1 Eine vulnerable Gruppe mit besonderem 2 Versorgungsbedarf

3 Trans*, intergeschlechtliche, nicht-binäre und agender Menschen (im Folgenden:
4 TINA* Personen) sind einer Vielzahl struktureller Belastungen ausgesetzt, die
5 ihre psychische und physische Gesundheit erheblich beeinträchtigen. Studien
6 zeigen konsistent, dass TINA* Personen im Vergleich zur Allgemeinbevölkerung
7 deutlich häufiger von Depressionen, Angststörungen und Suizidalität betroffen
8 sind – nicht aufgrund ihrer Geschlechtsidentität an sich, sondern aufgrund von
9 Diskriminierung, gesellschaftlicher Ablehnung und dem Mangel an adäquater
10 medizinischer Versorgung.

11 Internationale Forschung und klinische Erfahrung belegen: Wenn trans* Personen
12 Zugang zu geschlechtsangleichenden Maßnahmen erhalten, verbessern sich ihre
13 psychischen Gesundheitswerte signifikant. Hormontherapie und operative Eingriffe
14 reduzieren Geschlechtsdysphorie nachweislich und sind damit keine optionalen
15 Wohlfühlleistungen, sondern medizinisch indizierte Behandlungen. Trotzdem werden
16 sie in Deutschland weiterhin bürokratisch erschwert, verzögert oder verweigert.

17 Entgegen großer Hoffnungen aus der TINA* Community regelt das
18 Selbstbestimmungsgesetz, das am 1. November 2024 in Kraft getreten ist,
19 lediglich die Änderung des Vornamens und des Geschlechtseintrags, allerdings
20 keine medizinischen Maßnahmen. Dabei gibt es hier großen Handlungsbedarf. Die
21 Gesundheitsversorgung für TINA* Personen ist prekär und dringend
22 verbesserungswürdig.

23 Dabei ist wichtig festzuhalten: Nicht alle TINA* Personen machen eine
24 medizinische Transition. Trans* Sein bedeutet nicht automatisch, Hormone zu
25 nehmen oder operiert werden zu wollen. Manche TINA* Personen verändern ihren
26 Körper, andere ihren Geschlechtsausdruck, wieder andere nichts davon und all das
27 ist valide. Es gibt kein richtiges oder vollständiges trans* Sein. Dieser Antrag
28 fordert, dass all jene, die sich medizinische Maßnahmen wünschen, einen fairen,
29 sicheren und diskriminierungsfreien Zugang dazu bekommen.

30 Der steinige Weg zur medizinischen Transition

31 Was viele nicht wissen: Eine medizinische Transition ist kein schneller oder
32 einfacher Prozess. Sie dauert in der Regel mehrere Jahre und ist an jedem
33 Schritt von Hürden geprägt. Ein typischer Ablauf sieht in Deutschland derzeit so
34 aus:

- 35 • Erstdiagnose und Überweisung: Eine TINA* Person wendet sich an ihre
36 Hausarztpraxis oder psychiatrische Ambulanz. Die Wartezeit auf einen

ersten Termin in einer fachärztlichen Praxis beträgt oft sechs Monate bis über ein Jahr.

- Diagnostische Phase und Gutachten: Vor jeder Behandlung verlangt das System psychologische oder psychiatrische Gutachten. Die Anzahl der Therapeut*innen, die überhaupt Gutachten erstellen, ist gering. Häufig sind zwei unabhängige Gutachten (sogenannte Doppelatteste) erforderlich. Die Betroffenen stehen dabei unter dem Druck, ihr trans* Sein zu beweisen. Das ist ein Umstand, der offene geführte Therapiegespräche faktisch verhindert.
- Hormontherapie: Erst nach erfolgreichem Durchlaufen der diagnostischen Phase kann eine Hormontherapie eingeleitet werden. Die Kostenübernahme durch die gesetzliche Krankenversicherung ist dabei nicht automatisch gesichert und muss gesondert beantragt werden.
- Geschlechtsangleichende Operationen: Für operative Eingriffe sind erneut Gutachten, Anträge und häufig langwierige Widerspruchsverfahren notwendig. Zwischen dem Entschluss zur Operation und deren Durchführung vergehen oft mehrere Jahre. Der Druck auf Betroffene, ein binäres Transitionsziel anzugeben, ist dabei strukturell eingebaut.
- Selbstmedikation als Ausweg: Da der offizielle Weg so beschwerlich ist, greifen immer mehr TINA* Personen auf unkontrollierte Selbstmedikation zurück. Dies ist mit erheblichen gesundheitlichen Risiken verbunden und ist eine direkte Folge der Versorgungslücken im System.

Dieser Ablauf ist kein Zufall, sondern das Ergebnis politischer Untätigkeit. Er zeigt, was passiert, wenn ein Versorgungssystem nicht auf die Bedürfnisse einer Gruppe ausgerichtet ist, sondern auf das Misstrauen ihr gegenüber.

Zwischen Mythos und Realität: Wie Falschbehauptungen Betroffenen schaden

Entgegen der Behauptung von Julia Klöckner, Pubertätsblocker seien wie Hustenbonbons zu bekommen, ist eine medizinische Transition ein steiniger Weg, geprägt von bürokratischen Hürden und häufig hohem Leidensdruck. TERFs (Trans*-Exkludierende Radikale Feminist*innen) wie Alice Schwarzer suggerieren, Kinder und Jugendliche müssten nur einmal sagen, dass sie trans* seien, und würden am nächsten Tag Hormone bekommen oder auf dem OP-Tisch liegen. Ähnliche Argumentationen, die sich auf Kinder- und Jugendschutz berufen, hören wir aus CDU- und AfD-Kreisen.

Diese Behauptungen sind nicht nur falsch, sie sind gefährlich. Sie existieren nicht im luftleeren Raum, sondern befeuern ein Klima, in dem Hasskriminalität gegen TINA* Personen nachweislich zunimmt. TINA* Personen werden im gegenwärtigen Rechtsruck gezielt zum Feindbild gemacht: als Bedrohung für Kinder, als Angriff auf die Natur, als Symbol eines vermeintlichen gesellschaftlichen Verfalls. Diese Rhetorik kennen wir. Sie funktioniert nach demselben Muster wie die Feindbildkonstruktion gegenüber migrantisierten Menschen. Falschbehauptungen wie die von Klöckner oder Schwarzer geben solchen Ressentiments eine scheinbar seriöse Grundlage. Wer sie verbreitet, trägt

81 Mitverantwortung dafür, dass TINA* Personen sich heute alltäglich um ihre
82 körperliche Unversehrtheit sorgen müssen – auf der Straße, im Nahverkehr, in
83 Schulen.

84 Vor diesem Hintergrund ist eine gute Gesundheitsversorgung auch ein
85 Schutzfaktor: Sie stärkt TINA* Personen, gibt ihnen Sicherheit und
86 Handlungsfähigkeit, in einem gesellschaftlichen Umfeld, das ihnen zunehmend
87 feindlich gegenübersteht.

88 **Nicht-binäre Personen: Vom System unsichtbar** 89 **gemacht**

90 Das Bundessozialgericht in Kassel urteilte im Oktober 2023 über die Ablehnung
91 einer Kostenübernahme für eine geschlechtsangleichende Operation bei einer
92 nicht-binären Person durch die gesetzliche Krankenversicherung. Das Gericht
93 entschied: Die Krankenkasse ist derzeit nicht verpflichtet, diese Kosten zu
94 tragen.

95 Die Begründung des BSG ist bezeichnend: Weil nicht-binäre Personen kein binäres
96 Zielbild – Mann oder Frau – anstreben, fehle ein objektiver Maßstab für das
97 Behandlungsziel, und deshalb könne auch kein Anspruch gegenüber der Krankenkasse
98 bestehen. Vom Gemeinsamen Bundesausschuss sei noch nicht geklärt worden, wie
99 Geschlechtsdysphorie zu behandeln ist.

100 Dieses Urteil hat in der TINA* Community extreme Unsicherheit ausgelöst. Nicht-
101 binäre Menschen werden so weiterhin gedrängt, sich auf männliche oder weibliche
102 Transitionsziele festzulegen. Das ist diskriminierend und zeigt, wie stark unser
103 Versorgungssystem noch in überholten Geschlechternormen steckt. Hier braucht es
104 endlich Rechtssicherheit, die Politik muss handeln.

105 In der Praxis führt das dazu, dass nicht-binäre Personen sich gegenüber
106 Gutachter*innen und Krankenkassen als trans Frau oder trans Mann darstellen
107 müssen, auch wenn das nicht ihrem tatsächlichen Erleben entspricht. Sie lügen
108 nicht aus Bequemlichkeit, sondern weil das System ihnen keine andere Wahl lässt.
109 Diese Lüge hat weitreichende Konsequenzen: Wer gegenüber Krankenkasse und
110 medizinischem Personal eine binäre Transition vortäuschen muss, kann den eigenen
111 Geschlechtseintrag nicht auf divers ändern oder streichen lassen und damit auch
112 den Vornamen nicht. Die Möglichkeiten des Selbstbestimmungsgesetzes bleiben so
113 für viele unerreichbar. Zur Geschlechtsdysphorie kommt also ständiges
114 Misgendern, die schmerzhaftes Verwenden des Geburtsnamens und die psychische
115 Belastung durch die aufgezwungene Lüge. Eine Versorgungsstruktur, die Menschen
116 zwingt, ihre Identität zu verfälschen, um Zugang zu notwendiger Behandlung zu
117 bekommen, hat mit guter medizinischer Praxis nichts zu tun.

118 **Gatekeeping als strukturelles Problem**

119 Der oben skizzierte Ablauf hat einen Namen: Gatekeeping. Das bedeutet: Der
120 Zugang zu medizinischer Versorgung wird nicht durch den nachgewiesenen Bedarf
121 geregelt, sondern durch eine Reihe von Kontrollinstanzen, die TINA* Personen
122 erst passieren müssen. Jede dieser Instanzen kann Nein sagen – ohne dass es
123 dafür klare, einheitliche oder rechtssichere Maßstäbe gäbe.

124 Besonders problematisch ist dabei die Rolle der Gutachten. Nicht alle
 125 Therapeut*innen, die diese erstellen, gehen sensibel mit dem Thema
 126 Geschlechtsidentität um, obwohl sie sich als Expert*innen beschreiben. Anstatt
 127 ein therapeutisches Umfeld zu schaffen, in dem ein empathisches, spezifisch
 128 ausgebildetes Gegenüber hilft diesen inneren Prozess zu navigieren, zwingt das
 129 System TINA* Personen in eine Prüfungssituation: Sie müssen ihr trans* Sein
 130 beweisen, um Zugang zu Behandlung zu bekommen. Das verhindert genau das, was in
 131 dieser Phase so wichtig wäre – offen sprechen zu können, ohne Angst, dass jedes
 132 Wort gegen die eigene Indikation verwendet wird. Ein Transitionsprozess kann so
 133 nicht ehrlich und auf Augenhöhe begleitet werden.

134 Dieses System trifft nicht alle gleich. Wer sich eine Privatklinik leisten kann,
 135 umgeht viele dieser Hürden. Wer Geld, Zeit und eine stabile Lebenssituation hat,
 136 kommt leichter durch. Wer das nicht hat, bleibt zurück. Gatekeeping ist damit
 137 nicht nur eine Zumutung für die Gesundheit, sondern auch eine soziale Frage. Die
 138 Konsequenzen sind bekannt: Für viele TINA* Personen verschlimmert sich die
 139 Geschlechtsdysphorie während der langen Wartezeiten. Der Leidensdruck wächst,
 140 während die Aussicht auf Hilfe in weiter Ferne bleibt. Was als vorübergehende
 141 Hürde gedacht sein mag, wird für viele zu einer zermürenden Dauersituation. Das
 142 bedeutet unnötige psychische Belastung und führt immer öfter zu riskanter
 143 Selbstmedikation und im schlimmsten Fall zum Suizid.

144 Geschlechtsangleichende Maßnahmen sind kein Luxus, sondern medizinisch notwendig
 145 und essentiell für die psychische Gesundheit von vielen TINA* Personen. Klare,
 146 faire und diskriminierungsfreie Regeln schützen Gesundheit und retten Leben.

147 **Schluss mit Gatekeeping und diskriminierenden** 148 **Gutachten! Wir fordern:**

- 149 • Kassenleistung für alle – inklusive Rechtssicherheit für nicht-binäre
 150 Personen: Geschlechtsangleichende Maßnahmen müssen vollständig von der
 151 gesetzlichen Krankenversicherung übernommen werden. Und zwar unabhängig
 152 davon, ob eine Person ein binäres oder nicht-binäres Transitionsziel
 153 verfolgt. Der Gesetzgeber muss klarstellen, dass dieser Anspruch
 154 ausdrücklich auch für nicht-binäre trans* Personen gilt. Das BSG-Urteil
 155 von 2023 darf nicht der letzte Stand sein.
- 156 • Informed-Consent-Modell als verbindlicher Standard: Ärztlich begleitete
 157 Behandlung nach dem Informed-Consent-Prinzip muss in allen
 158 Versorgungsbereichen verbindlich eingeführt werden. In einzelnen, zu
 159 begründenden Fällen darf maximal in ein externes Indikationsschreiben
 160 gefordert werden.
- 161 • Dezierte Therapieplätze für die Indikationsstellung: Therapieplätze, die
 162 ausschließlich für die begleitende Indikationsstellung vorgesehen sind,
 163 müssen geschaffen werden. Sie müssen getrennt zur allgemeinen
 164 psychotherapeutischen Versorgung, spezifisch ausgebildet und schnell
 165 verfügbar sein. Im Verfahren muss endlich ein Patient*innen-zentrierter

- 166 Ansatz angewendet werden, denn TINA* Personen kennen ihre Lebensrealität
167 am besten. Wir setzen dem Gatekeeping ein Ende!
- 168 • Abschaffung von Doppelattesten und Vorabgutachten: Die Pflicht zu
169 mehrfachen Begutachtung vor geschlechtsangleichenden Maßnahmen wird
170 abgeschafft. Beratung für eine informierte Entscheidung ist wichtig, aber
171 strukturelles Misstrauen gegenüber trans* Personen hat in medizinischen
172 Leitlinien nichts verloren.
- 173 • Ausbau kostenloser Beratungsangebote: Die Möglichkeit, sich zu
174 informieren, darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Beratungsangebote müssen
175 ausgebaut, niedrigschwellig zugänglich und kostenlos sein.

Begründung

erfolgt mündlich

Beschluss Innovation mit Verantwortung – Hamburg als Vorreiter für demokratische Digitalisierung

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 17.02.2026
Tagesordnungspunkt: TOP 7 Inhaltliche Anträge

Antragstext

- 1 Digitalisierung ist kein Selbstzweck – Hamburg braucht einen Kurswechsel
- 2 Stell dir vor, ein Algorithmus entscheidet über deinen Aufenthaltstitel. Kein
- 3 Mensch erklärt dir warum. Was klingt wie Dystopie, ist in Hamburg nicht
- 4 ausgeschlossen. Denn der Koalitionsvertrag enthält keine einzige verbindliche
- 5 Regel, die das verhindert. Am Hachmannplatz startet die KI-Videoüberwachung
- 6 IVBeo, der Textassistent LLMoin wurde stadtweit ausgerollt, neue Rechenzentren
- 7 wachsen. Aber wo bleiben Transparenzregister, Bias-Audits und
- 8 Klimaschutzauflagen? Fehlanzeige.
- 9 Digitalisierung wird in Hamburg effizienzgetrieben gedacht: schneller,
- 10 günstiger, weniger Personal. Die demokratischen Implikationen bleiben auf der
- 11 Strecke. „Wird geprüft“ ist die schwächste Formulierung im Koalitionsvertrag –
- 12 und genau diese Formel findet sich beim Datenschutzkompetenzzentrum und beim
- 13 eigenständigen Digitalisierungsausschuss. Das reicht nicht. Hamburg braucht
- 14 einen Kurswechsel:
- 15 weg von blinder Technikbegeisterung, hin zu demokratischer Digitalisierung mit
- 16 klaren Leitplanken.
- 17 Künstliche Intelligenz darf nicht unkontrolliert bleiben
- 18 Zwischen Textassistenz und Grundrechtsentscheidungen liegt eine rote Linie. KI
- 19 darf auch in Zukunft niemals allein über Sozialleistungen, Aufenthaltstitel oder
- 20 strafrechtliche Bewertungen entscheiden. Menschliche Letztverantwortung muss
- 21 immer garantiert sein. Der EU AI Act wird seit Februar 2025 stufenweise
- 22 umgesetzt – mit Verboten für biometrische Massenüberwachung und Social Scoring,
- 23 mit strengen Pflichten für Hochrisiko-KI.
- 24 Doch die Umsetzung gerät ins Stocken: Die EU-Kommission will mit dem Digital
- 25 Omnibus die Hochrisiko-Pflichten um 16 Monate verschieben, nachdem sie die
- 26 offene Forderung von Tech-Konzernen nach einer Aussetzung erst im Juli 2025
- 27 zurückgewiesen hatte.
- 28 Hamburg plant jedoch eine „innovationsfreundliche“ Umsetzung. Das klingt nach
- 29 Regulierungsvermeidung, nicht nach Grundrechtsschutz. Besonders alarmierend: Die
- 30 geplante Rechtsgrundlage für biometrischen Abgleich polizeilicher Daten mit
- 31 „allgemein zugänglichen Internet-Daten“ verstößt gegen den AI Act und muss
- 32 verhindert werden. Ebenso inakzeptabel ist die Polizeigesetz-Änderung aus dem
- 33 Jahr 2024 im PolDVG, die Datenweitergabe an Dritte für KI-Training erlaubt.
- 34 Gleichzeitig fehlt jede Transparenz über den KI-Einsatz in der Verwaltung.
- 35 Amsterdam hat den ersten Schritt vorgemacht: Neun europäische Städte
- 36 registrieren ihre Hochrisiko-KI-Systeme freiwillig öffentlich. Hamburg muss
- 37 folgen und sein Transparenzportal um ein KI-Register erweitern.
- 38 Klimakrise und Rechenzentren – der blinde Fleck der Digitalisierung

39 Über den ökologischen Preis der Digitalisierung schweigt der Koalitionsvertrag.
40 Dabei verbrauchen Rechenzentren in Deutschland bereits 21,3 Milliarden
41 Kilowattstunden jährlich und die benötigte KI-Rechenleistung sollen sich bis
42 2030 vervierfachen. Rechenzentren produzieren riesige Mengen Abwärme, die
43 ungenutzt verpufft. Hamburg hat ein ausgebautes Fernwärmenetz – die Einspeisung
44 ist technisch möglich und wirtschaftlich sinnvoll. Statt Abwärme zu
45 verschwenden, muss sie verpflichtend ins Netz von Wärme Hamburg eingespeist
46 werden. Und statt Herkunftszertifikate zu kaufen, müssen Rechenzentren neue
47 Wind- und Solaranlagen finanzieren. Klimaschutz bei der Digitalisierung ist kein
48 Luxus – er ist eine Überlebensfrage.

49 Digitale Teilhabe ist kein Luxus – sie ist ein Grundrecht

50 „Digital First“ darf nicht zu „Digital Only“ werden. Millionen Senior*innen in
51 Deutschland sind offline. Ein Viertel der Bürgergeld-Empfänger*innen ist akut
52 von digitaler Ausgrenzung bedroht. Wenn Verwaltungsleistungen nur noch digital
53 zugänglich sind, schließen wir genau diese Menschen aus. Für jedes digitale
54 Verwaltungsangebot muss eine gleichwertige analoge Alternative dauerhaft
55 bestehen – alles andere ist digitale Exklusion. Menschen in Armut brauchen
56 kostenlose Computer, Tablets und Internet-Zuschüsse. Digitale Bildung heißt mehr
57 als Tablet-Bedienung. Schüler*innen müssen verstehen, wie Algorithmen ihre
58 Wahrnehmung steuern und wie KI-Systeme Entscheidungen treffen. Kritische
59 digitale Mündigkeit gehört fächerübergreifend in den Unterricht. Gleichzeitig
60 muss Hamburg die Nutzung von Microsoft 365 beenden und auf datenschutzkonforme
61 Open-Source-Alternativen setzen.

62 Hamburg muss Verantwortung übernehmen

63 Wir fordern nicht weniger Innovation, sondern die richtige: Eine, die
64 Grundrechte schützt, Klima bewahrt und niemanden zurücklässt.

65 • AI Act konsequent umsetzen – keine Aufweichung für Innovation:

66 Wir fordern die Grüne Bürgerschaftsfraktion und die Grünen Senatsmitglieder auf,
67 Hamburg im Bundesrat klar gegen jede Aufweichung des EU AI Acts zu
68 positionieren, sowohl gegen die Forderung von Tech-Konzernen nach einer
69 zweijährigen Aussetzung als auch gegen die im Digital Omnibus der EU-Kommission
70 vorgeschlagene Verschiebung der Hochrisiko-KI-Pflichten.

71 Der risikobasierte Ansatz wird vollständig umgesetzt: Verbote für biometrische
72 Massenüberwachung und Social Scoring, strenge Transparenz- und Auditpflichten
73 für Hochrisiko-KI. Die geplante Rechtsgrundlage für biometrischen Abgleich mit
74 Internet-Daten wird verhindert. Die Polizeigesetz-Änderung zur Datenweitergabe
75 an Dritte für KI-Training wird zurückgenommen.

76 • KI-Transparenzregister und unabhängige Aufsicht:

77 Wir fordern die Grüne Bürgerschaftsfraktion und die Grünen Senatsmitglieder auf,
78 sich dafür einzusetzen, dass das Hamburger Transparenzportal um ein öffentliches
79 KI-Register nach Amsterdamer Vorbild erweitert wird. Alle Hochrisiko-KI-Systeme
80 der Verwaltung werden registriert – mit Angaben zu Funktionsweise, genutzten
81 Daten und Diskriminierungsrisiken. Unabhängige Bias-Audits prüfen regelmäßig auf

82 algorithmische Diskriminierung – bei Verstößen wird das System sofort angepasst
83 oder außer Betrieb genommen.

84 • Digitale Souveränität und Teilhabe:

85 Wir fordern die Grüne Bürgerschaftsfraktion und die Grünen Senatsmitglieder auf,
86 einen 5-Jahres-Migrationsplan für die Umstellung der Verwaltungs-IT auf Open-
87 Source-Software nach dem Vorbild Schleswig-Holsteins zu beschließen – Public
88 Money = Public Code wird verbindlich. Hamburg beendet die Nutzung von Microsoft
89 365 an Schulen. Für kritische Infrastruktur dürfen keine Aufträge an Unternehmen
90 vergeben werden, die dem US CLOUD Act unterliegen. Gleichzeitig wird für jedes
91 digitale Verwaltungsangebot eine gleichwertige analoge Alternative garantiert.

Begründung

erfolgt mündlich

Beschluss Sofortige Wiederaufnahme der „Disability Studies“ am ZeDiS in Hamburg und Sicherung einer ausreichenden langfristigen Finanzierung dieses wichtigen Studienganges

Antragsteller*in: Hauke Damerow

Tagesordnungspunkt: TOP 7 Inhaltliche Anträge

Antragstext

1 Anfang des Jahres wurde die Forschungsstelle für Disability Studies (ZeDiSplus)
2 geschlossen. Alle Beschäftigten wurden entlassen. Zusammen mit der Disability
3 Studies Stelle in Köln schließen zwei von nur 3 Forschungsstellen in
4 Deutschland, die zu diesem wichtigen Thema forschen.

5 Dies ist ein fatales Signal für Inklusion und gesellschaftlicher Teilhabe aller
6 Menschen.

7 Disability Studies ist einer der wenigen Forschungsstellen in Deutschland, in
8 dem behinderte und nicht-behinderte Menschen zusammen am Abbau von Barrieren und
9 der Verbesserung von Inklusion forschen und arbeiten. Behinderung wird eher als
10 ein gesellschaftliches Problem betrachtet; von einer Gesellschaft, die unnötige
11 Barrieren aufgebaut hat und so bestimmte Menschen in ihrer gesellschaftlichen
12 Teilhabe einschränkt, anstatt Behinderung ausschließlich zu individualisieren,
13 wie es sonst oft gemacht wird.

14 Die Schließung widerspricht dabei dem Auftrag der UN-Behindertenrechtskonvention
15 (UN-BRK), die Partizipation, Forschung und Expertise von Menschen mit
16 Behinderung ausdrücklich einfordert. Disability Studies ist kein verzichtbares
17 Nischenfach, sondern ein Grundrecht, das Deutschland mit der Ratifizierung der
18 UN-BRK verbindlich anerkannt hat. Außerdem gehört die Art und Weise, wie an
19 Hamburger Hochschulen gespart wird, deutlich kritisiert. Es ist nicht
20 hinnehmbar, dass in Zeiten notwendiger Haushaltskonsolidierung nicht
21 solidarisch, also breit über alle Fakultäten, Institute und Disziplinen
22 verteilt, nach Einsparpotenzialen gesucht wird. Stattdessen werden ganze
23 Forschungsbereiche wie Disability Studies einfach gestrichen, während andere
24 Bereiche offenbar kaum Kürzungen hinnehmen müssen. Das ist keine faire
25 Sparpolitik, sondern eine politische Entscheidung darüber, welches Wissen als
26 verzichtbar gilt.

27 Die GRÜNE JUGEND Hamburg fordert die schnelle Wiedereröffnung des ZeDiSplus
28 sowie dessen sichere und langfristige Finanzierung als eigenständige Forschungs-
29 und Lehrereinrichtung. Eine bloße Eingliederung in bestehende Strukturen der HAW
30 reicht nicht aus! Die eigenständige Forschungs- und Lehrlinie muss erhalten
31 bleiben, Mitarbeitende müssen übernommen und nicht lediglich eingeladen werden,
32 sich neu zu bewerben. Darüber hinaus fordert die GRÜNE JUGEND Hamburg, dass
33 Forschende und Lehrende mit Behinderung in leitender Funktion eingebunden
34 werden. Wir werden die Landesregierung daran messen, ob und wie diese Zusagen
35 umgesetzt werden, und den Prozess öffentlich begleiten. Die GRÜNE JUGEND Hamburg
36 unterstützt offiziell den offenen Brief und die Petition der ZeDiSplus-
37 Beschäftigten und unterstützt diese in ihrer Bündnisarbeit. Allgemein setzen
38 wir uns für volle Inklusion ein.

39 In einer Zeit, in der der Rechtsruck auch immer stärker behinderte Menschen
40 trifft und Inklusion als politisches Ziel unter Druck gerät, steht die GRÜNE
41 JUGEND Hamburg für volle Inklusion ein. Wir solidarisieren uns mit allen

- 42 behinderten Menschen, die Ausgrenzung, Diskriminierung oder Hass erfahren und
43 mit denjenigen, die für eine inklusive Gesellschaft kämpfen.

Begründung

Diese Entscheidung fällt in eine Zeit, in der Behindertenfeindlichkeit leider wieder in der Mitte der Gesellschaft ankommt und die rechtsextreme AfD immer offener gegen behinderte Menschen hetzt. Besonders schockierend sind aktuelle Aussagen der CDU-Politikerin Kristina Schröder, die meint „persönliche Assistenz für behinderte Menschen könne sich die Gesellschaft nicht mehr leisten“. Wir sagen: Gesellschaftliche Teilhabe ist ein Menschenrecht, daran darf niemals gespart werden!

Beschluss Ob Olympia oder NOlympia - bessere Verkehrsanbindung für Harburg jetzt!

Antragsteller*in: Eddie Arriaga Flores (LV Grüne Jugend Hamburg)
Tagesordnungspunkt: TOP 7 Inhaltliche Anträge

Antragstext

- 1 Die GRÜNE JUGEND Hamburg setzt sich für eine Verlängerung der U4 nach Harburg
- 2 Rathaus sowie eine Straßenbahn-Verbindung in Wilhelmsburg ein und fordert deren
- 3 emissionsarmen Bau.

Begründung

Die S-Bahn-Linie nach Harburg gehört zu den meistbefahrenen und auch verspätungsanfälligeren Linien des Hamburger Nahverkehrs. Einen weiteren Sprung über die Süderelbe ist dringend notwendig – sowohl zur Entlastung des bestehenden Verkehrsnetzes als auch für die Anbindung bisher nicht von der S-Bahn angeschlossener Anwohner*innen. Doch er wird immer wieder aufgrund seiner Wirtschaftlichkeit in Frage gestellt.

Was klar ist: Das Bezirk Harburg legt überproportional viele Wege mit dem Pkw zurück. Angesichts des gekippten Verbrennerverbots ist es notwendig, neue Nahverkehrslinien hoher Kapazität zu errichten. Solche Verkehrssysteme fördern auch den sozialen Ausgleich in einem Bezirk, das den zweithöchsten Durchschnittseinkommen in der Stadt aufweist und wo viele Anwohner*innen armutsgefährdet sind.

Die Verlängerung der U4 gen Süden schafft es immer wieder auf den Tisch, wenn von Olympia die Rede ist. Die HOCHBAHN sagt, die Wirtschaftlichkeit sei sonst nicht gegeben. Machbarkeitsstudien befürworten allerdings eine kombinierte Lösung: eine U4-Verlängerung nach Harburg und den Bau einer Straßenbahn zwischen Kirchdorf und der erwähnten Verlängerung. Diese Variante erweist den besten Kosten-Nutzen-Faktor. Dafür könnten sogar Vorleistungen der S-Bahn genutzt werden.

Der Bau großer Verkehrsinfrastruktur ist selten umweltfreundlich. Der Bau der U5 wird aufgrund hoher CO₂-Ausgaben zurecht kritisiert. Deshalb ist es auch wichtig, dass wir uns für die Nutzung nachhaltiger und recycelter Baustoffe aus emissionsarmer Herstellung einsetzen.